

## **Anpassung überfällig – Der Deutsche Philologenverband fordert Modernisierung der Besoldungsstruktur auch in den einzelnen Bundesländern**

### **Die Lage im Bund und in den Ländern**

Zunehmend wird es schwieriger, bei stetig wachsenden Anforderungen hochqualifiziertes Personal für den öffentlichen Dienst zu gewinnen. Schon lange hinkt die Besoldung der Beamt/inn/en in den meisten Ländern und Kommunen der des Bundes hinterher. Da die Erhöhung der Besoldung und der Versorgungsbezüge der Bundesbeamten sich an den Tarifabschlüssen für die Beschäftigten im Bereich des TVöD orientieren, die der Kommunal- und Landesbeamt/inn/en jedoch an den Abschlüssen der Tarifrunden bei den Landesbeschäftigten, wird die Kluft zwischen der Besoldung im Bund und der Besoldung in den meisten Ländern immer größer. Verstärkt wird diese Entwicklung durch die demografische Entwicklung und durch die anhaltend gute wirtschaftliche Verfassung Deutschlands. Gerade in den sensiblen Bereichen der digitalen Informationstechnik, der Polizei und im Bildungsbereich wird es immer schwieriger, im Wettbewerb um die besten Köpfe erfolgreich zu bestehen. Im Schulbereich gehören besonders Stellen für die Lehrämter mit naturwissenschaftlichen Fächern zu denen, die nicht mehr in allen Regionen bedarfsgerecht besetzt werden können. Das verfassungsmäßig garantierte Recht auf Bildung und damit die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse werden gefährdet. Bund und Länder müssen Maßnahmen ergreifen, um die Attraktivität des öffentlichen Dienstes deutlich zu erhöhen.

### **Länder müssen bei ihren Beamt/inn/en bei der Attraktivitätssteigerung nachziehen**

Während der Bund die zunehmend prekäre Personalsituation in seinem Verantwortungsbereich erkannt hat und nun auch darauf reagiert, sind in den meisten Ländern keine Maßnahmen zur Attraktivitätserhöhung zu erkennen.

Der Deutsche Philologenverband fordert deshalb, in den Ländern dem Beispiel des Bundes zu folgen und ebenfalls Besoldungsstruktur-Modernisierungsgesetze auf den Weg zu bringen.

#### **Wesentliche Inhalte müssen dabei sein:**

- **eine deutliche Anhebung der Anwärter- und Referendarbezüge,**
- **die Erhöhung der Kinderzuschläge,**
- **die Durchsetzung einer amtsangemessenen Alimentation,**
- **die Absenkung der wöchentlichen Arbeitszeit der Beamt/inn/en und Anpassung der Unterrichtsverpflichtung bei Lehrkräften,**
- **die Einhaltung des verfassungsrechtlich gebotenen Abstandsgebotes zwischen den Besoldungsgruppen, ohne dass es zu Verschlechterungen für einzelne Besoldungsgruppen und -stufen kommt,**
- **Verbesserungen bei der Beihilfe,**
- **die Ausweitung von Zulagen und Beförderungsmöglichkeiten und**
- **die Übertragung der jeweiligen Besoldungsanpassungen in der gleichen Höhe auf die Versorgungsempfänger/innen.**